

## History-Telex zentralafrikanische Seenregion

Vor 1895 verschiedenste Lebens- und Siedlungskonzepte, von Königreichen bis zu Anarchien, auch nomadisierenden Kulturen; Sklavenhandel nach arabischen Ländern; Europäische Expeditionen und christliche Missionierung ab ca. 16. Jh.; Transatlantischer Sklavenhandel bis ca. 18. Jh.

1895---1960 Kolonialherrschaft; Kongo als Privatbesitz des belgischen Königs; Die Bevölkerung wird zwischen 1880 und 1920 von ca. 20 auf 10 Millionen dezimiert ; Auf Rwanda und Burundi erhebt zeitweise auch Deutschland Ansprüche.

Ab 1960 Unabhängigkeit; Wahlen, dann Wirren im Kongo; Ermordung des ersten Premiers Lumumba unter Beihilfe Belgiens und der USA; Sezession der Rohstoff-Provinz Katanga, Mulele-Rebellion, internationale Militär-Interventionen, UNO-Mission etc. Im dicht bevölkerten Rwanda Massaker gegen eine ethnische Minderheit, von denen viele fliehen, mehrheitlich nach Uganda. In Burundi kämpft sich diese Gruppe an die Macht.

Ab 1965 installiert sich Mobutu als Alleinherrscher im Kongo, gestützt v.a. durch die USA, als Bollwerk gegen Ängste kommunistischer Unterwanderung in Afrika. 1974 „Zäiranisierung“, in diesem Zug Enteignung aller Ausländer. Wirtschaft stockt, Zustand der Infrastruktur verschlechtert sich laufend. Repressive Staatsführung, Niederschlagung kleinerer Aufstände im Osten.

Ab ca. 1990 muss Mobutu unter internationalem Druck Demokratisierung zulassen, hintertreibt diese aber gleichzeitig. *Conférence nationale souveraine* als Versuch einer Konsensfindung. In Rwanda wird die Regierung von ehemaligen Flüchtlingen aus Uganda bedrängt, die dort die Rebellengruppe FPR gegründet haben. Friedensgespräche in Arusha stecken fest.

1994 Völkermord in Rwanda, dabei sensible Schwächung auch der gemässigten Kräfte aller Lager. Gleichzeitig übernimmt der FPR aus Norden die Kontrolle. Viele Täter des Genozids entkommen in einem riesigen Flüchtlingsstrom von ca. zwei Millionen Menschen ins damalige Zaïre. Die französische Operation turquoise, später auch UNO-Organisationen unterstützen die Flüchtlinge, entwapfen aber nicht. Das wiederum stellt für die neue FPR-Führung Rwandas eine Bedrohung dar. Diese erhält, wie auch Uganda, namhafte Unterstützung aus den USA und Grossbritannien, auch im militärischen Bereich.

1996 Ausbruch der von östlichen Nachbarländern militärisch gestützten AFDL-Rebellion im Süd-Kivu. Als erstes fällt Uvira, dann Bukavu, Goma, etc. Vorgetragenes Ziel ist die Vertreibung Mobutus, gleichzeitig werden jedoch auch die Flüchtlingslager angegriffen. Rund eine halbe Million Zivilisten kehrt nach Rwanda zurück, weitere Hunderttausende ziviler Lagerinsassen kommen auf ihrer versuchten Flucht ins Hinterland des Kongo um; Drahtzieher und Milizen des Völkermordes 1994 in Rwanda sind jetzt in dieser unzugänglichen Waldregion im Kongo installiert.

1997 wird Mobutu gestürzt. Schon während des Vorstosses von L.D. „Mzee“ Kabila und seinen ausländischen Förderern werden zahlreiche Schürfabkommen mit internationalen Bergbaukonzernen unterzeichnet und das Land im Mai 1997 umbenannt: Auf Zaïre folgt Demokratische Republik Kongo (DRK).

Ab 1998 Ausbruch neuer Rebellionen im Kivu, nach dem gleichen Muster wie 1996. Dies nachdem Kabila den Einfluss v.a. seiner rwandischen Förderer in der neuen kongolesischen Regierung und Verwaltung zurückzudrängen versucht hat. Nebst Truppen aus Rwanda dringen auch solche aus Uganda, Burundi, etc. in den Kongo ein, während sich Kabila militärische Unterstützung v.a. aus Zimbabwe, Angola und Namibia holt.

Ab ca. 1999 militärische Pattsituation, Horrorjahre für die Bevölkerung, insbesondere in den besetzten Gebieten im Osten. Zunehmendes Engagement der internationalen Gemeinschaft während sich immer deutlicher abzeichnet, dass das Kriegsziel hauptsächlich der Zugriff auf Rohstoffe ist. 1999 wird im Abkommen von Lusaka die Machtteilung beschlossen. Trotz UNO-Blauhelmission (MONUC, ab 2000) und Friedensverhandlungen (ab 2001 in Sun City / Südafrika) bleibt die Notlage der Bevölkerung extrem. 2001 wird Mzee (der Alte) Kabila ermordet. Sein Sohn Joseph rutscht nach.

Ab ca. 2002 Abzug ausländischer Truppen aus dem Kongo; Einsetzung einer Übergangsregierung « 1+4 », d.h. ein Präsident und vier Vizes; UNO-Mission mittlerweile auf gegen 20'000 Mann aufgestockt; Bevölkerung immer noch in grösster Not, von Splittergruppen und Banditen bedrängt, die sich meist mit Rohstoffschmuggel finanzieren. Für Wirbel sorgt insbesondere L. Nkunda und seine gut trainierte und ausgerüstete Gruppe CNDP, der enge Beziehungen zur Armee Rwandas nachgesagt werden. 2004 wird Bukavu von dieser Gruppe für ein paar Tage im Handstreich eingenommen.

2006 zuerst Annahme einer neuen Verfassung, dann Wahlen, einerseits von Parlamenten auf nationaler und Provinzebene, andererseits Präsidentschaftswahlen, die Kabila gewinnt. Massive Hilfe aus Industrienationen bei diesem Wahlprozess.

2008 Aufflammen einer neuen CNDP-Offensive in Nord-Kivu, die zeitweise Goma bedroht. Dann überraschender Schulterschluss zwischen Rwanda und der DR Kongo, zustande gekommen unter v.a. französischer und US-amerikanischer Vermittlung. CNDP wird in die kongolesische Nationalarmee FARDC integriert - gegen die Wochen zuvor noch gekämpft wurde. Dem Problem der verbliebenen Völkermörder von 1994 wird Priorität gegeben. Die Armeen Rwandas, der DR Kongo und die UNO gehen dabei gemeinsam vor, mit durchzogener Bilanz.

Ab ca. 2010 Fokus zunächst auf die Wahlen in Rwanda, die der seit 1994 herrschende Kagame nach einem stark kritisierten Wahlkampf oppositionslos gewinnt. Im Kongo Schwierigkeiten bei der Integration des CNDP in die Nationalarmee, weil vielenorts als kaschierte Machtübernahme wahrgenommen. Übergriffe aller Seiten auf Zivilisten und Versuche, diese dem Gegner in die Schuhe zu schieben. Ziel der meisten Gruppen ist nach wie vor, lokal die Kontrolle der Rohstoffausbeutung auszuüben. Massive Präsenz von UNO und von Hilfswerken kann Sicherheit und eine Art Normalität nur in Zentren gewährleisten, nicht in ländlichem Gebiet. Schwieriges Umfeld für einen Wahlkampf, der aber ansatzweise dennoch stattfindet.

2011-12 sichert Kabila seine Wiederwahl durch diverse Manöver im Vorfeld ab. Obwohl massiver Betrug moniert wird, ergibt sich kein Konsens, die Aberkennung des Wahlergebnisses zu fordern. Bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen zeichnet sich ab, dass von der alten Mannschaft etliche Kandidaten abgestraft werden und es Kabila mit einem etwas eigenständigeren Kabinett zu tun

bekommen könnte. Die Wahlen verlaufen einigermaßen ruhig, nicht zuletzt weil grössere Proteste vom Regime unterdrückt werden.

2012 flammt nach einer Meuterei mehrerer in die FARDC integrierter CNDP-Offiziere die Gewalt im Osten der DRK wieder auf. Die Gruppen nennt sich nun M23.

Am 6 Juni publiziert die nationale Wahlkommission einen bereinigten Zeitplan, nach dem 2013 / 14 Wahlen der Provinzparlamente, der Senatoren, der Gouverneure und auch auf Ebene der Gemeinden und Städte durchgeführt werden sollen.

Am 21. und 27. Juni 2012 publiziert eine UNO-Expertengruppe einen Bericht, wonach die M23 massiv von Rwanda unterstützt wird (Dokumente S/2012/348 und S/2012/348/Add1). Solche Berichte über die Beteiligung der östlichen Nachbarländer an kongolesischen „Rebellionen“ sind seit Mitte der 90er-Jahre eine Konstante in der Geschichte der Grands Lacs.

Am 20 November 2012 überrennen M23-Kämpfer Goma, müssen sich aber nach massivem Druck der internationalen Druck, namentlich der USA, nach ein paar Tagen wieder zurückziehen. Danach werden Verhandlungen in Kampala aufgenommen. Diese kommen aber nicht vom Fleck, wohl nicht zuletzt weil Gastgeber Uganda schon wiederholt bezichtigt worden ist, im Kongo destabilisierend zu wirken.

2013 wird am 24. Februar in Addis Abeba im Beisein von UNO Generalsekretär Ban Ki Moon und elf Staatschefs ein Rahmenabkommen für Frieden und Stabilität in den Grands Lacs unterzeichnet. Am 28. März beschliesst der UNO Sicherheitsrat den Aufbau einer speziellen Interventionsbrigade mit dem Auftrag, offensiv gegen bewaffnete Gruppen im Osten der RDC vorzugehen. Dabei sollen auch Aufklärungsdrohnen zum Einsatz kommen. Diese Beschlüsse sind begleitet und gefolgt von zunehmenden Spannungen vor allem im Nord-Kivu, wo es seit Juni wieder zu offenen Kämpfen zwischen den FARDC, der M23 und neuen Gruppen kommt.

Am 30. Juli 2013 kommuniziert die MONUSCO (Nachfolgerin der MONUC seit 2010) ein Ultimatum von 48 Stunden um in einer Sicherheitszone um Goma und Sake nördlich des Kivu-Sees alle Personen zu entwaffnen, die nicht offiziellen Sicherheitskräften angehören.